

Wulff in Aalen: Schutz von Freiheit und Demokratie ist Aufgabe aller Bürger

Stand: 21.01.2026, 13:00 Uhr

Von: Jürgen Steck



Bundespräsident a.D. Christian Wulff (CDU) spricht im Landratsamt in Aalen über Resilienz. © Landratsamt Ostalbkreis

Europäische Zusammenarbeit oder Rückfall in alte Muster? Wulff setzt auf neue Partnerschaften. Und macht Vorschläge für eine resilientere Gesellschaft.

Aalen. Es war ein denkwürdiger Abend im Aalener Landratsamt: Christian Wulff, Bundespräsident a. D., sprach beim „Neujahrsimpuls für Europa“, einer Veranstaltung der GSP-Sektion Ostwürttemberg gemeinsam mit Europoint Ostalb. Vor mehr als 400 Gästen aus Politik, Gesellschaft und Verwaltung analysierte Wulff die Herausforderungen, vor denen Demokratien heute stehen – und entfaltete eine kritische, aber auch durchaus ermutigende Zukunftsvision.

Eine Aufgabe aller

Wulff erinnerte an die historische Leistung der Nachkriegsgeneration, aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs ein friedliches, wohlhabendes und geeintes Europa geschaffen zu haben. „Nichts von dem, was wir errungen haben, ist selbstverständlich oder von Dauer“, mahnte er. Die Aufgabe, Demokratie und Freiheit zu schützen, liege bei allen Bürgerinnen und Bürgern.



Bundespräsident a.D. Christian Wulff (links) nach seiner Rede im Landratsamt in Aalen mit Altlandrat Klaus Pavel, Landrat Dr. Joachim Bläse und dem Aalener Oberbürgermeister Frederick Brütting. © LRA Ostalb

Lehren aus der Geschichte ernst nehmen

Ein zentrales Motiv der Rede war das Wechselspiel von Demut, Gleichmut – und nun, so Wulff, drohender Hochmut. Gerade jetzt sei es entscheidend, die Lehren aus der Geschichte ernst zu nehmen und die Herausforderungen der Gegenwart aktiv anzugehen: „Wir erleben, wie Populismus und Nationalismus wieder an Boden gewinnen, wie digitale Medien die Diskussionskultur verändern und wie wirtschaftliche, demografische und geopolitische Umbrüche unsere

Drei Ursachen für die Krise der Demokratie

Im dritten Teil seiner Rede benannte Wulff drei zentrale Herausforderungen, die nach seiner Analyse die Resilienz der Demokratie auf die Probe stellen:

Erstens der demografische Wandel: Erstmals in der Geschichte gehe die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland und anderen Industriestaaten massiv zurück. Weniger Arbeitskräfte und mehr ältere Menschen bedeuteten enorme Herausforderungen für das Sozial- und Wirtschaftssystem. Wulff plädierte für gesteuerte Zuwanderung, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Innovationen, um diese Aufgabe zu meistern.

Zweitens geopolitische Verschiebungen: Chinas Aufstieg, die aktuelle US-Politik, Russland sowie die Konkurrenz um Rohstoffe, neue Märkte und die Unsicherheiten globaler Lieferketten veränderten die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Wulff forderte, Europa müsse flexibler werden, neue Partnerschaften schließen und seine wirtschaftlichen Stärken strategisch einsetzen. Indien etwa könne ein guter Partner werden für die kommenden 30 Jahre.

Drittens die veränderte Kommunikation: Die Digitalisierung habe die Medienlandschaft radikal umgewälzt. Filterblasen, Desinformation und Hass im Netz gefährdeten den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Die Verrohung der Debatte und die Macht der Algorithmen dürfen wir nicht unterschätzen“, warnte Wulff. Er betonte die Bedeutung von Qualitätsjournalismus, wie ihn Tageszeitungen bieten, Medienbildung und einer aktiven Zivilgesellschaft.

Wulfs Vorschläge für mehr Resilienz



Bundespräsident a.D. Christian Wulff (CDU) spricht im Landratsamt in Aalen über Resilienz. © LRA Ostalb

Um auf diese Herausforderungen zu antworten und als Gesellschaft resilienter zu werden, machte Wulff drei konkrete Vorschläge:

Zukunftsoptimismus und Innovationsfreude stärken: „Wir müssen Lust auf Zukunft haben, neugierig und kooperativ bleiben“, sagte Wulff. Deutschland und Europa hätten eine große Tradition an Erfindergeist und Ingenieurskunst. Es gelte, Bürokratie abzubauen, die Umsetzung von Innovationen zu beschleunigen und Chancen zu nutzen – von der KI bis zur nachhaltigen Wirtschaft.

Weltoffenheit und europäische Zusammenarbeit ausbauen: Wulff plädierte für mehr Mut zu gemeinsamen europäischen Lösungen – etwa bei der Kapitalmarktunion, der Verteidigung oder der Klimapolitik. „Europa muss zusammenstehen, eigene Stärken ausspielen und sich nicht von Nationalismus oder Pessimismus lähmen lassen“, verlangte Wulff.

Demokratie als Gemeinschaftsaufgabe verstehen: „Die Demokratie lebt von aktiven Demokratinnen und Demokraten“, betonte Wulff. Er rief dazu auf, sich in Parteien, Vereinen, Initiativen oder der Kommunalpolitik zu engagieren. Nur so könne Gleichgültigkeit überwunden und der Geist der Freiheit erhalten werden.

Eingangs hatte Landrat Dr. Joachim Bläse Wulff begrüßt - und seiner Freude darüber Ausdruck verliehen, „dass rund 400 Menschen unserer Einladung zum Neujahrsimpuls für Europa gefolgt sind“. Dies zeige, „wie sehr das Thema ‚Resilienz unserer Demokratie‘ die Menschen bewegt“. Gerade in Zeiten großer Veränderungen und Unsicherheiten sei es wichtig, „die Stärke und Widerstandskraft unserer demokratischen Ordnung zu hinterfragen und zu stärken“ – auf allen Ebenen, von Europa bis in die Kommunen.

Organisiert hatte den Auftritt Wulffs im Landratsamt Gerald Ziegelbauer von der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Sektion Ostwürttemberg. Am Dienstagnachmittag hatte Wulff in Ellwangen über Demokratie, Glaube und Nächstenliebe gesprochen.